

Jugendverbände für Demokratie und Zivilcourage – gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Rechtsextremismus stellt auch in Rheinland-Pfalz eine Bedrohung für Freiheit und körperliche Unversehrtheit von Menschen dar. Er ist eine Bedrohung für die Demokratie, weil er ihre Grundwerte aktiv angreift und Menschen daran hindern will, ihre Rechte wahr zu nehmen. Rechtsextremismus und seine ideologischen Bestandteile sind unvereinbar mit den jugendpolitischen Zielsetzungen und dem Menschenbild der Verbände im Landesjugendring.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Schutz vor Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt. Als Jugendverbände im Landesjugendring machen wir uns für Vielfalt und Offenheit stark und stellen uns Rassismus, Ausgrenzung, und diskriminierenden stereotypen Vorurteilen gegen Migrantinnen und Migranten entgegen.

Der Verfassungsschutzbericht zeigt, dass in mehreren Regionen in Rheinland-Pfalz gefestigte **rechtsextreme Strukturen** vorliegen. Viele Orte im Land waren bereits Ziele neonazistischer Aufmärsche und Kundgebungen. Eine davon konnte am 1. Mai 2009 in Mainz unter anderem durch den Einsatz engagierter Gegendemonstrant/-innen verhindert werden. Weitere Studien (u.a. Heitmeyer: Deutsche Zustände, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit) zeigen darüber hinaus eine weite Verbreitung rechtsextremer **Einstellungen** in der Bevölkerung, die weit über die Stimmanteile rechtsradikaler Parteien hinaus geht.

Diese Entwicklungen sind aus unserer Sicht Anlass zur Aufmerksamkeit und zum Handeln.

Als rheinland-pfälzische Jugendverbände setzen wir uns daher für eine **gezielte Bekämpfung** von Rechtsextremismus und den zu ihm gehörenden ideologischen Elementen ein.

Wir fordern den Erhalt und Ausbau der Förderung der Projekte gegen Rechts in Rheinland-Pfalz, z.B. des Netzwerks für Demokratie und Courage, in dem mehrere Jugendverbände beteiligt sind. Wir fordern ein höheres Maß an Regel- und Strukturförderung für den Kampf gegen Rechtsextremismus. Der Kampf für die Demokratie sollte perspektivisch keine Projekt-, sondern Regelaufgabe sein. Der Kampf gegen Rechtsextremismus umfasst insbesondere präventive und aufklärende Maßnahmen. Dazu gehört die Förderung von Angeboten der politischen und sozialen **Bildung**, sowohl in Jugendarbeit als auch Schule.

Dabei ist uns wichtig heraus zu stellen, dass Rechtsextremismus und –radikalismus **keine Jugendprobleme** sind. Zwar sind bei Gewaltdelikten jüngere Menschen stärker beteiligt als Ältere. Bei der Verbreitung rechtsextremer **Einstellungen** in der Bevölkerung - dem Nährboden und der Grundlage, auf denen sich rechtsextreme Gewalt und Strukturen ausbreiten können und auf denen sie Wirksamkeit entfalten - sind jüngere Altersgruppen jedoch unterrepräsentiert.

Jugendarbeit setzt jedoch bei denjenigen an, die in verantwortungsvolle Positionen in unserer Gesellschaft hinein wachsen. Über Jugendarbeit und Schule werden viele Menschen erreicht.

Im Sinne der dargestellten notwendigen gezielten Bekämpfung des Rechtsextremismus sehen wir es kritisch, dass von Seiten des zuständigen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beabsichtigt ist, in der Förderpolitik den Kampf gegen Rechtsextremismus der Auseinandersetzung mit dem so genannten Linksextremismus stärker gleich zu stellen.

Es wäre aus unserer Sicht jugend- und gesellschaftspolitisch fatal, diese Phänomene auf eine Stufe zu stellen und die Förderung von Maßnahmen gegen Rechts zugunsten von solchen „gegen Links“ zu beschneiden. Dies zu tun, würde eine dramatische **Verharmlosung von Rechtsextremismus** und demokratiefeindlichen Einstellungen in unserer Gesellschaft bedeuten.

Wir fordern daher die Fördermittelgeber in Bund und Land auf, eine spezifische und gezielte Arbeit gegen Rechtsextremismus und seine Ideologien, insbesondere Rassismus, weiterhin, schwerpunktmäßig, in größerem Maß und kontinuierlicher als bisher zu fördern.

Der Landesjugendring soll sich auf Landesebene wie auch über den Bundesjugendring für diese Ziele einsetzen.

Einstimmig beschlossen durch die 103. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 24.04.2010 in Mainz.